

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Postämtern 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. jährlich. Abnahme bis 100 Exemplare 100 Mk. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postämter sind mit den Wilsdruffer Tagesblättern versehen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Abbestellung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn vorher bestellt.

Abnahme bis 100 Exemplare 100 Mk. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postämter sind mit den Wilsdruffer Tagesblättern versehen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Abbestellung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn vorher bestellt.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Thorandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 171. — 84. Jahrgang. — Teleg.-Adr.: „Amisblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend den 25. Juli 1925

Notwendige Klärungen.

Übermäßig erfreulich ist es selten, wenn im Deutschen Reich eine außenpolitische Debatte veranstaltet wird, jetzt dann nicht, wenn sich alle Parteien eigentlich einig in der Zustimmung zum Ziel und zur Methode unserer Außenpolitik sind. Dann pflegen sofort innerpolitische Streitpunkte in den Vordergrund geschoben zu werden, und die sogenannte außenpolitische Debatte verandert sich regelmäßig in einem innerpolitischen Streit. Die Aussprache, die sich diesmal an die Überwindung der neuen deutschen Note geknüpft hat, hielt sich von diesen Entgleisungen fast vollständig fern; nur der sozialdemokratische Redner versuchte ein wenig in Innenpolitik zu machen. Die anderen Redner der großen Parteien aber führten in überaus geschickter Art die Melodie fort, die der Außenminister Dr. Stresemann in seiner Einführungsrede angestimmt hatte. Und diese Melodie war: Wir sind in unserer Note bis zu einem Punkte vorwärtsgegangen, aber den hinaus wir nicht weiter gehen können. Das hat Dr. Stresemann, wie er es in der Note getan hat, so auch in seiner Rede noch einmal unterstrichen. Aber er hat sie noch ergänzt. Ergänzt durch den Hinweis auf die Entwaffnungsnotwendigkeit, die weitestgehend von dem Geist eines Sicherheitspaktes abhängt. Hier und anderswo sind Hemmnisse vorhanden, die der Weiterentwicklung der Verhandlungen gefährlich sein können, Hemmnisse, die nicht ein Festhalten an vorhandenen Verträgen, sondern ein Hinangehen über diese Verträge bedeuten und schon darum die Voraussetzungen zerstören, unter denen das deutsche Völkchen den Alliierten und ihren Versprechungen gegenüber allein befähigt werden kann. Erfreulich war aber besonders die Deutlichkeit, mit der sich Dr. Stresemann gegen gewisse französische Wünsche hinsichtlich des Rheinlandes wandte, denen 1923 Poincaré vor der französischen Deputiertenkammer einen mehr als unbestimmten Ausdruck gab. Dadurch hat Dr. Stresemann eine Seite des ganzen Sicherheitsproblems berührt, von der bei den bisherigen Auseinandersetzungen noch viel zu wenig die Rede war: die Sicherung Deutschlands gegen Frankreich. Und es wird in Frankreich wohl beachtet werden, daß Dr. Stresemann die positive Sicherung des Rheinlandes für uns als einen der wichtigsten Gedanken des Sicherheitspaktes bezeichnete.

Bei der Rede des deutschnationalen Führers Graf Westarp kamen die innerpolitischen Sensationsmacher nicht auf ihre Rechnung. Für die deutschnationalen kommen hinsichtlich ihrer Stellung zur deutschen Außenpolitik überhaupt nur noch zwei Dinge in Frage: Briand's Note und unsere Antwort. Weiter in die Vergangenheit zurückzugehen, habe man gar keine Veranlassung; im übrigen sei man auf der rechten grundlegend mit dem Gedanken einer allgemeinen europäischen Befriedung einverstanden. Dann unterstrich der deutschnationalen Redner die Bedenken und die Aussstellungen, die wir in der Note und Dr. Stresemann in seiner Rede gemacht hatten. In manchem will er natürlich über das dort vorsichtig Angeordnete hinausgehen mit Forderungen, für die er zweifellos auch außerhalb seiner Partei Billigung finden wird und für deren Aufstellung schließlich auch der Außenminister dankbar ist; so die Ablehnung einer freiwilligen Wiederholung des von uns erzwungenen Schuldbekenntnisses und des Widerstandes gegen die Entwaffnungskontrolle der Alliierten und den Investigationsbeschluss des Völkerbundes, durch den Deutschland bekanntlich für unabwehrbare Zeit einer Entwaffnungskontrolle unterworfen bleiben soll.

Mit überraschender Schärfe, dabei in glänzender Form sprach der Zentrumredner Dr. Kaas, der Rheinländer ist. Er führte wieder des breiteren die Untermauerung jenes Satzes der Note, in dem von einer notwendigen Abänderung der Art und der Formen der Befestigung deutschen Gebietes gesprochen wird. Der Sicherheitspakt ist unmöglich ohne den psychologischen Unterbau eines ganz anderen deutsch-französischen Verhältnisses am Rhein; nach dem Abschluss des Sicherheitspaktes ist das Befestigungsrecht und noch mehr das letzte Befestigungsregime ein politischer Anachronismus schimmiger Art, ein förmliches Rudiment einer Gewaltpolitik, deren Überwindung gerade das vornehmste Ziel des Sicherheitspaktes sein soll.

Genau der Redner der dritten Regierungspartei, der Volksparteier Dr. Curtius: Sicherheitspolitik ist für uns in erster Linie deutsche Politik. Also auch hier wieder die Ergänzung und Unterstreichung des in der Note Gesagten, des von Dr. Stresemann Hinzugesetzten. Ist das Ganze nun nur eine Demonstration? Diese Frage ist unbedingt zu verneinen. Innerpolitische Sensationsmacher haben angedeutet, daß die Politik des deutschen Außenministers Dr. Stresemann die Billigung sehr großer Teile des deutschen Volkes, aber nicht einmal aller Regierungsparteien finde. Das mußte die Wirkung dessen abschwächen, was er in der Note dem Ausland sagte. Mit dieser Irreführung des Auslandes ist es aber jetzt vorbei. Und das Vertrauen vom Ausland, das der Regierung ausgesprochen werden wird, ist eigentlich schon ausgesprochen durch die Ausführungen der Redner am ersten Tag der Debatte über die deutsche Außenpolitik.

Um den Sicherheitspakt.

Außenpolitik im Reichstage.

(100. Sitzung.) Ob. Berlin, 23. Juli.

Präsident Löbe, vor dessen Platz ein Blumenstrauß steht, eröffnete die 100. Sitzung mit dem Wunsch, daß nicht mehr allzuviel Sitzungen vor den Ferien hinzukommen möchten. Das Haus setzte die außenpolitische Debatte fort.

Abg. Dr. Kaas (Ztr.) forderte bei Abschluss eines Sicherheitspaktes, daß das Besetzungsrecht aufgehoben müsse. Ein Rheinland ohne Ketten sei, so beruht er, ein besserer Friedensvermittler als jede militärische Befestigung.

Abg. Curtius (D. Sp.) unterstrich, daß Deutschland nur als völlig gleichberechtigter Staat seinen Eintritt in den Völkerbund beschließen könne. Auch er forderte bei einem solchen Eintritt nicht nur die Räumung der ersten Rheinlandzone, sondern auch die Räumung der gesamten Rheinlandzone.

Nachdem Abg. Stöcker (Komm.) sich gegen die Note ausgesprochen hatte, stellte der Demokrat Kaas fest, daß unter dem Druck der Verhältnisse sich für die Außenpolitik eine breite, von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen reichende Einheitsfront zusammengeschlossen habe. Die Befestigung der deutsch-französischen Beziehungen sei die Grundlage des europäischen Lebens überhaupt. Die Deutschnationalen hätten bisher immer die Meinung vertreten, mit Frankreich sei eine Versöhnung überhaupt gar nicht möglich; die Demokraten hätten aber nicht die Auffassung vertreten, daß das Frankreich der Clemenceau und Poincaré das ewige Frankreich sei. Sie hofften, daß die französisch-deutschen Beziehungen wieder in einem modernen freizeitlichen, wahrhaft demokratischen Geiste ausgeführt würden. Darin bestrafte sie ein Aufruf, der von 102 der besten französischen Namen unterzeichnet ist und worin die Befestigung des Artikels 231 des Versailler Vertrages verlangt wird, der nach der Meinung der Unterzeichner zu Unrecht Deutschland die Alleinverantwortung zuschreibt. Seine Freunde richteten an die Regierung und besonders an ihre deutschnationalen Mitglieder die Frage, warum in ihrem Memorandum die Frage der Kriegsschuldfrage in keiner Weise erwähnt sei. Bei der Beurteilung des Sicherheitspaktes erhebe zunächst die Idee unsinnig, daß das waffenstarrende Frankreich eine Gefahr von dem vollständig entwaffneten Deutschland befinde, aber die Tatsache bestünde, daß die Geschäfte es noch nie möglich gemacht habe, daß ein großes, arbeitsames, tüchtiges Volk auf Jahrhunderte hinaus unterdrückt und in Sklaverei gehalten werde. In dieser großen Linie allerdings beständen für Frankreich Gefahren, wenn es dauernd bedrückt würde von der Politik Poincarés. Gegen diese Gefahren bestünde der einzige Schutz in ehrlicher, erster Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. (Beifall links.) Die Demokraten trügen für das Regierungsmemorandum keinerlei Verantwortung und lehnten jede Verantwortung dafür ab. Das Memorandum spreche den

Verzicht auf Elsaß-Lothringen aus. Das sei tief schmerzlich, aber die Demokraten wollten nicht, daß Elsaß-Lothringen wieder zum Kampfbogen zwischen Deutschland und Frankreich werde. Deutschland habe aber das Recht, zu sagen, daß das Elsaß in seiner Kultur und Bevölkerung deutsch ist. (Lebhafte Beifall.) Der Verzicht auf Elsaß-Lothringen sei vielleicht notwendig. Er frage aber, was wäre von den Parteien der Rechten geschehen, wenn eine Regierung Birck-Kathenau diesen Verzicht ausgesprochen hätte. Wenn Deutschland dieses ungeheure seelische Opfer bringe, dann müsse es aber auch wissen, daß es nicht umsonst gebracht worden ist. Es müsse vorher wissen, daß die Kölner Zone geräumt ist und daß in absehbarer Zeit das übrige Rheinland geräumt wird; die innere Herzlichkeit der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich könne nicht eintreten, solange noch ein französischer Soldat auf deutschem Boden steht.

Abg. Bredt (Wirtsch. Vog.) meinte, der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sei jetzt näher gerückt als vor einem halben Jahre. In der jetzigen Lage Deutschlands bestünde die Frage des Durchmarsches durch Deutschland überhaupt nicht. Sie entstände erst, wenn es dem Völkerbunde beigetreten sei. Ein Eintritt Deutschlands in den Völkerbund würde auf Rußland katastrophal wirken. Seine Freunde würden einen Eintritt in den Völkerbund nicht zustimmen können. Frage die Regierung, sich hüten, weitere Schritte in dieser Hinsicht zu unternehmen, ohne daß es klar entschieden ist, ob der Eintritt Deutschlands

in den Völkerbund Deutschland oder dem deutschen Volk nützt oder nicht.

Abg. Leicht (Wahr. Sp.) bemerkte, wenn die innerpolitischen Gesichtspunkte in der Debatte ausgeschaltet worden wären, wäre eine glänzende Einheitsfront in den außenpolitischen Fragen erzielt worden. Der deutsche Note Stimme seine Partei grundsätzlich zu. Die Briand-Note in der Sicherheitsfrage sei so verfaßelt abgefaßt, daß man nicht auf den Gedanken kommen soll, die geltenden Verträge könnten abändert werden. Der Schuldfrage der Vergangenheit müsse dadurch entgegengetreten werden, daß Deutschland von vornherein gegen den Vorwurf Stellung nimmt. Auch Deutschland müsse entschlossen werden gegen Dinge, die seine Grenzen und seine Bevölkerung bedrohen können. Solange sich bei Völkerbund nicht auf diesen Standpunkt stelle, werde Deutschland nicht den Fuß dort finden, den es erwartet. Dem Räumungsklausel könne nicht der Fuß nach Genf gesetzt werden. Solange schwarze Truppen im besetzten Gebiet seien, müsse es für jeden Außenminister schwer sein, ein Friedens- oder Sicherheitsangebot zu machen.

Abg. Graf Reventlow (Koll.) meinte, über das Februar-Memorandum, gegen das die Deutschnationalen sich gewandt hätten, sei man schon weit hinausgegangen. Wenn man die ganze Entlohnung überblicke, komme man zu dem Schluß, daß sich die Dinge ganz anders gehalten hätten, als der Außenminister weisen wollte. Die Entente zwingt Deutschland bei dem Gesetz ihres Handelns auf. Wie die Dames-Gesetze, so liege auch der Sicherheitspakt darauf hinaus, Deutschland unter die Herrschaft des Konzerns der kapitalistischen Weltmächte einschließlich Amerika zu bringen.

Englische Pressestimme z. Ruhräumung.

Eigener Fernsprechklausel des Wilsdruffer Tageblattes.
London, 24. Juli. In einem Aufsatz über die Bedeutung des marokkanischen Krieges fragt der „Outlook“, wie es komme, daß die größte Militärmacht der Welt freiwillig für ein Meer einsteilen müsse, das 156 000 Mann zähle. Der Grund sei der, sagt das Blatt, daß die französische Militärpolitik in Europa einen Vernichtungskrieg als Möglichkeit betrachte, bei dem jeder waffenfähige Franzose notwendig sei. Die Franzosen müßten aus diesem Grunde freiwillig für Marokko mobil machen. Die Deutschen seien mit ihrer Ansicht völlig im Recht, wenn sie die Räumung der Ruhr vor dem festgelegten Datum nicht als Freundlichkeit gegenüber Deutschland betrachten, sondern sie auf den Druck der französischen Lage in Afrika zurückführen.

Waldbrand im Kreise Jericho.

Eigener Fernsprechklausel des Wilsdruffer Tageblattes.
Stettin, 24. Juli. Infolge der großen Dürre entstand gestern nachmittags im Stettiner Gemeindegebiet ein ungeheurer Waldbrand, der sich rasend schnell verbreitete und innerhalb zweier Stunden in einem Umfange von tausend Morgen wütete. Obwohl sämtliche Feuerwehren der Umgebung und Militär von Rathenow herangezogen wurden, besteht noch keine Hoffnung, das Feuer einzudämmen.

Großer Moor- und Heidebrand bei Nienburg.

Eigener Fernsprechklausel des Wilsdruffer Tageblattes.
Bremen, 24. Juli. Ein großer Moor- und Heidebrand wütet zurzeit bei Lichtenburg bei Nienburg an der Weser. Das Feuer, das bereits am Mittwoch ausgebrochen war, hat jetzt über 4000 Morgen Land ergriffen. Die technische Nothilfe in Nienburg sowie die Einwohnerschaft der Moorgrenzorte beteiligen sich an den Rettungsarbeiten. Das Feuer legt sich, vom Ostwind getrieben, in westlicher Richtung fort. Es sind inzwischen verschiedene neue Brandherde entstanden. Die umliegenden Ortschaften sind durch Abriegelung vor dem weiteren Ausbreiten des Feuers gesichert. Das Feuer ist durch Unvorsichtigkeit Viehhütender Kinder entstanden.

Der deutsch-polnische Grenzverkehr.

Polens Kampf gegen die deutsche Sprache.
Im April d. J. hatten sich die deutsche und die polnische Regierung darüber verständigt, daß bis zum Inkrafttreten des am 30. Dezember 1924 in Danzig unterzeichneten deutsch-polnischen Abkommens über Erleichterung im kleinen Grenzverkehr die Bestimmungen der bestehenden beiden Abkommen über den kleinen Grenzverkehr und über den oberschlesischen Grenzbezirk auch weiterhin, und zwar zunächst bis zum 1. August dieses Jahres, beobachtet werden sollten. Die deutschen gesetzgebenden Körperschaften haben dem Abkommen nunmehr zugestimmt, doch ist bei der Kürze der Zeit ein rechtzeitiger Austausch der Ratifikationsurkunden nicht möglich. Die beiden beteiligten Regierungen haben daher eine weitere Verlängerung der Geltungsdauer der bisherigen beiden Abkommen bis zum 1. November d. J. verabredet.

In der Frage des deutsch-polnischen Handelsprovisoriums hat die polnische Regierung der deutschen Regierung eine Antwort auf die deutschen Vorschläge überreichen lassen. Diese Antwort trägt, wie es heißt, nicht wesentlich zu einer Klärung des Wirtschaftskonfliktes bei. Die Note geht nicht auf die deutschen Anregungen ein und hält im übrigen an den bisherigen polnischen Forderungen fest. Die deutsche Regierung wird die Note in diesen Tagen beantworten.

Daß Polen sich auch auf anderem Gebiete in Kampfstellung gegen alles Deutsche befindet, ist ersichtlich aus einer Interpellation, die die Abgeordneten der Deutschen Vereinigung im Warschauer Sejm an die Regierung gerichtet haben. Es wird darin in entschiedener Weise Beschwerde geführt wegen der Beschränkung der deutschen Sprache im Verkehr mit den polnischen Verwaltungsbehörden.